



Stuttgart, den 14.01.2026

An:

- die Landesregierung Baden-Württemberg
- die kommunalen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in Städten und Gemeinden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

mit großer Sorge und tiefem Befremden nimmt die Alevitische Gemeinde in Baden-Württemberg den für den 19.01.2025 in Berlin geplanten Besuch des sogenannten syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Scharaa unter Einladung von Bundeskanzler Friedrich Merz zur Kenntnis. Wir sehen uns veranlasst, diesen Schritt aufs Schärfste zu verurteilen und unsere Bedenken offen, aber respektvoll zum Ausdruck zu bringen.

Über viele Jahrzehnte hinweg galt in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik der klare Grundsatz, dass mit Personen und Akteuren, denen schwerste Menschenrechtsverbrechen zugeschrieben werden, keine politische Aufwertung durch Dialoge, Einladungen oder symbolische Anerkennung erfolgt. Dieser Grundsatz schien partei- und interessenübergreifend Konsens zu sein – unabhängig von kurzfristigen politischen Erwägungen.

Der geplante Besuch sendet jedoch ein anderes Signal. Er erweckt den Eindruck, dass selbst bei glaubhaften Vorwürfen von Terror, Mord, systematischer Gewalt und sexualisierten Verbrechen politische Interessen über fundamentale Werte gestellt werden.

Für viele Betroffene – insbesondere für religiöse und ethnische Minderheiten – ist dies kaum nachvollziehbar.

Solche Besuche tragen nicht zur Stabilisierung oder Vertrauensbildung bei, sondern führen vielmehr zu erheblichem Unmut und zu einem schleichenden Vertrauensverlust in eine verlässliche, völkerrechtlich orientierte Außenpolitik. Das Völkerrecht wird weltweit bereits in besorgniserregender Weise ausgehöhlt und selektiv angewandt. Gerade Deutschland, mit seiner historischen Verantwortung und seinem Anspruch auf eine wertebasierte internationale Ordnung, sollte hier eine besonders klare und konsequente Haltung einnehmen, es zu wahren und zu schützen.

Mit großer Bestürzung verfolgen wir die Berichte und Bildmaterialien aus Syrien, insbesondere aus Aleppo und anderen Regionen. Das sogenannte syrische Militär, das sich in weiten Teilen aus ehemaligen Rebellenmilizen zusammensetzt, wird mit schweren Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht: Mord, Vergewaltigung, Vertreibung sowie gezielte Gewalt gegen Kurdinnen und Kurden, Aleviten, Christen und andere Minderheiten. Diese Realität darf weder relativiert noch politisch ausgeblendet werden.

Wir schließen uns daher der Forderung zahlreicher zivilgesellschaftlicher und migrantischer Organisationen an, wonach nicht politische Einladungen, sondern rechtsstaatliche Aufarbeitung, internationale Ermittlungen und gegebenenfalls Haftbefehle das angemessene Mittel im Umgang mit mutmaßlichen Verantwortlichen schwerster Verbrechen sein müssen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir appellieren eindringlich an Sie, die aktuelle außenpolitische Entwicklung kritisch zu begleiten und sich im Rahmen Ihrer politischen Möglichkeiten für eine klare, völkerrechtskonforme und wertegebundene Haltung einzusetzen. Glaubwürdigkeit, der Schutz von Minderheiten und die Wahrung des Völkerrechts dürfen nicht dem kurzfristigen Kalkül politischer Interessen geopfert werden. Wir bitten Sie zudem aufrichtig, diese geäußerten Bedenken gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck vorzutragen.

Mit der Hoffnung auf eine verantwortungsvolle und wertegebundene Entscheidung verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung

Cem Cantekin
Landesvorsitzender
Alevitische Gemeinde Baden-Württemberg